



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss
Sitzungsnummer	38. Sitzung
Datum	Dienstag, den 09.02.2010
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:30 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend waren: vom Gremium:

Ausschussvorsitzende Dr. Greis,	B90/Grüne
Stellv. Ausschussvorsitzender Wolf,	FDP
Stadtverordnete Dr. Göttlicher-Göbel,	SPD
Stadtverordnete Heil-Schön,	SPD
Stadtverordneter Dr. Ihmels,	SPD
Stadtverordnete Koster,	SPD
Stadtverordneter Breidsprecher, (i.V.f. Stv. Cloos)	CDU
Stadtverordneter Lang,	CDU
Stadtverordnete Marx,	CDU
Stadtverordneter Kunz, (i.V.f. Stv. Lautz)	FW

vom Magistrat:

Stadtrat Beck,	CDU
Stadtrat Hauptvogel,	FW

von der Verwaltung:

Herr Schieche, Büro des Magistrats	ohne
Frau Simon, Kämmerei	ohne
Herr Bauer, Kämmerei	ohne
Herr Weber, Planungs- und Hochbauamt	ohne

Herr Schaub, Planungs- und Hochbauamt	ohne
Herr Ketterer, Tiefbauamt	ohne
Herr Erbe, Tiefbauamt	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Hemmelmann, als Schriftführer
Frau Simon

ferner war anwesend:

Herr Roll, Büro Stadt - Land + Bahn, Boppard (zu TOP 7)

entschuldigt fehlte:

Stve. U. Weiß, CDU-Fraktion

AV Dr. G r e i s eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden kam der Ausschuss überein, Tagesordnungspunkt 7 zur Beratung vorzuziehen.

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1

Haushalt 2010

- Antragsberatung -

TOP 2

1394/09

Bebauungsplan Nr. 15/01 (KG) „Bei der Mühl“, Stadtteil Naunheim

Satzungsbeschluss

I/551

TOP 3

1625/10

Bebauungsplan Wetzlar Nr. 401 'Karl-Kellner-Ring Nordost'

- Entwurfsbeschluss -

I/562

TOP 4

1348/09

Interkommunales Gewerbegebiet Wetzlar-Lahnau

Grundsatzbeschluss zur Einleitung der vorbereitenden Planung

I/488

(Austauschexemplar)

TOP 5

1561/09

Hessischer Fernradweg Radweg R 7 -Radweg Lahn-

Fortführung Hausertorbrücke - Inselstraße

I/547

TOP 6

1617/10

Kurvenverbreiterung in der Industriestraße in Wetzlar-Dutenhofen

im Bereich des Welschbachdurchlasses

I/561

TOP 7

1631/10

Modernisierung und barrierefreier Umbau des Bahnhofsumfeldes in Wetzlar mit

Busbahnhof, Verkehrsstation DB, Park & Ride Parkplatz Bahnhofsnordseite

I/563

TOP 8

1491/09

Lärmschutz entlang der Bundesstraße B 49 im Bereich

der Stadtbezirke Dalheim und Altenberger Straße

I/521

TOP 9

1586/09

Verkehrsberuhigung Magdalenenhäuser Weg

Prüfungsauftrag

I/552

TOP 10

1615/10

Landes-Initiative „100 Kommunen für den Klimaschutz“

Beteiligung der Stadt Wetzlar

I/558

TOP 11

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 01.12.2009

TOP 12

Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Haushalt 2010

- Antragsberatung -

Fragen zum Haushaltsplan ergingen nicht.

Antragsberatung

Antrag 205 - Ausbau und Erneuerung Kanäle, Zum Scheid, Blasbach

StR B e c k teilte mit, dass nach Untersuchung durch das Tiefbauamt der Kanal schadensfrei sei. Von daher werden hierfür keine Mittel benötigt.

Abstimmung: 0.5.5

Antrag 206 - Ausbau und Erneuerung Gemeindestraßen, Zum Scheid, Blasbach

StR B e c k führte aus, dass die Sanierung der Straße „Zum Scheid“ abhängig von der Straße „Hauptstraße“ sei, da man hier vom Niveau her auf der gleichen Ebene einmünden müsse. Von daher ist ein „Vorab-Ausbau“ der Straße „Zum Scheid“ nicht sinnvoll und sollte im Zusammenhang mit dem Straßenausbau der Hauptstraße erfolgen.

Abstimmung: 0.5.5

Antrag 207 - Ausbau und Erneuerung Gemeindestraßen, Rückersbodenseit II, Steindorf

Abstimmung: 5.0.5 (red. Änderung: 275.000 € VE)

Antrag 208 - Bebauung Westend

StR B e c k erläuterte, dass der Endausbau im Baugebiet Westend zwar sinnvoll sei, im Augenblick aber aufgrund anderer dringender Maßnahmen, wie der Hessentag und das Konjunkturprogramm, sowie personeller Probleme nicht in 2010 zu realisieren sei.

Abstimmung: 4.6.0

Antrag 209 und 210 - Straßenbeleuchtung Landhotel „Naunheimer Mühle“

StR B e c k erläuterte eingangs die Unterschiede zwischen den Anträgen 209 und 210 und den damit verbundenen Verlauf der Straßenbeleuchtung.

Abstimmung Antrag 209: 4.5.1

Abstimmung Antrag 210: 5.0.5

Antrag 211 - Ausbau und Erneuerung Gemeindestraßen, Bahnhofstraße, Dutenhofen

StR B e c k erläuterte kurz die bauliche Situation und den Antrag.

Abstimmung: 5.1.4

Antrag 212 - Ausstattung Rad- und Wanderwege, Bootshaus, Lahnhof, und Anträge 213, 214 und 215 - Ausbau und Erweiterung Rad- und Wanderwege, Inselstraße

Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l erläuterte noch einmal die zusätzlichen SPD-Anträge zum Thema Beleuchtung, Beschilderung und Ausbau. StR B e c k teilte mit, dass es derzeit Entwicklungstendenzen im Bereich der ehem. Firma J. G. Müller gebe, wegen derer er bat, abzuwarten. StR W o l f teilte die Auffassung von StR Beck.

Abstimmung Antrag 212: 4.6.0

Abstimmung Anträge 213, 214 und 215: 10.0.0

Antrag 216 - Wegebaumaßnahmen, Weg zum Grillplatz, Hermannstein

StR B e c k teilte mit, dass dieser Ansatz mittlerweile im Haushalt enthalten sei.

Abstimmung: 9.0.1

Antrag 217 - Bezuschussung von Solaranlagen, Regenwassernutzung und Entsiegelungsmaßnahmen

Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l erläuterte den Antrag und bat um Erklärung, warum hier der Betrag um 5.000 € gekürzt werde. StR H a u p t v o g e l erklärte die Kürzung. Es handele sich hierbei um eine Einsparmaßnahme aus Haushaltskonsolidierungsgründen.

Abstimmung: 4.0.6

Änderungsliste

200/13 - Investitionszuschuss an Lahnpark GmbH

Es erging ein Hinweis von StR B e c k auf die Möglichkeit einer EU-Förderung. Die Position wurde zur Kenntnis genommen.

Im Anschluss an die Diskussion der Änderungsliste fragte Stve. K o s t e r, ob es bei der Haushaltsposition für die Beseitigung von Straßenschäden evtl. einen Änderungsbedarf durch Frostschäden gebe. StR B e c k erläuterte, dass zu diesem Thema

heute eine Presseerklärung abgegeben wurde und dass man versuche, dies im Rahmen der laufenden Unterhaltung zu machen. Sollte das Geld nicht reichen, müsse man im Nachtrag 2010 einen entsprechenden Änderungsantrag stellen. Herr K e t t e r e r gab anschließend einen kurzen Sachstandsbericht über den Zustand der Straßen aufgrund der Frostperiode.

TOP 2

1394/09

Bebauungsplan Nr. 15/01 (KG) „Bei der Mühl“, Stadtteil Naunheim Satzungsbeschluss

Abstimmung: 8.0.0

TOP 3

1625/10

Bebauungsplan Wetzlar Nr. 401 'Karl-Kellner-Ring Nordost' - Entwurfsbeschluss -

Abstimmung: 9.0.0

TOP 4

1348/09

Interkommunales Gewerbegebiet Wetzlar-Lahnau Grundsatzbeschluss zur Einleitung der vorbereitenden Planung

StR B e c k erläuterte kurz die aufgetretenen Irritationen durch die Notwendigkeit, Seiten auszutauschen.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, keine erneute Abstimmung durchzuführen, da man in der Hauptsache bereits entschieden habe.

TOP 5

1561/09

Hessischer Fernradweg Radweg R 7 -Radweg Lahn- Fortführung Hausertorbrücke - Inselstraße

Stv. B r e i d s p r e c h e r verwies auf die in dieser Sache ergangenen Haushaltsanträge und bat darum, den Vorgang im Geschäftsgang zu belassen.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch, der Ausschuss beließ die Vorlage im Geschäftsgang.

TOP 6**1617/10****Kurvenverbreiterung in der Industriestraße in Wetzlar-Dutenhofen
im Bereich des Welschbachdurchlasses**

Stv. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l erkundigte sich, wie die Verlegung des Welschbaches geplant sei und wo der Welschbach hineinfließt. StR H a u p t v o g e l erläuterte den Verlauf anhand des beigefügten Planes und die damit geplante Maßnahme zur Umlegung des Zugangs des Parkplatzes für die Mitarbeiter Globus Dutenhofen. Stv. W o l f fragte zu der Fußgängerführung, ob es nicht möglich sei, ähnlich wie beim Baumarkt Globus, im nördlichen Bereich noch eine Fußgängerquerungshilfe zu installieren. Er regte eine solche Installation an. Herr E r b e erläuterte die Gegebenheiten vor Ort und erteilte diesem Vorschlag eine Absage.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 7**1631/10****Modernisierung und barrierefreier Umbau des Bahnhofsumfeldes in Wetzlar mit
Busbahnhof, Verkehrsstation DB, Park & Ride Parkplatz Bahnhofsnordseite**

StR B e c k gab zunächst einige einleitende Erläuterungen. Er nahm Bezug auf den Hessentag, der den Druck auf alle beteiligten Partner erhöht. Dadurch werde der zeitliche Ablauf so gestaltbar, dass man bis zum Hessentag fertig werden wird. Allerdings wies er darauf hin, dass die Planung ein fortlaufender Prozess sei und man zunächst erst am Anfang, d. h. bei der Vorentwurfsplanung sei. Er bedankte sich in diesem Zusammenhang bei den Partnern RMV und Bahn AG für die gute Zusammenarbeit.

Anschließend stellten Herr E r b e und Herr R o l l das Projekt vor: Herr E r b e nahm noch einmal Bezug auf den bisherigen Projektablauf und die historische Entwicklung der Bahnplanungsplanung. Der Hessentag habe das Projekt - wie StR Beck bereits sagte - sehr stark befördert. Es wurde ein Wettbewerb angestoßen, an dem sich insgesamt vier Büros beteiligt hätten. In einem einmaligen Verfahren gemeinsam mit der Politik wurde in Form eines Workshops eine Auswahl getroffen. Aus diesem Auswahlverfahren sei die Firma „Stadt - Land + Bahn“ aus Boppard als Sieger hervorgegangen. Herr E r b e machte anschließend die Unterschiede der städtischen Planung von 2006 und der jetzt vorgelegten Planung der Firma Stadt - Land + Bahn deutlich. Die zum heutigen Tag vorgelegte Planung im Ausschuss sei das Ergebnis des Workshops inklusive darauf folgender Nachbesserungen in den Bereichen der Verkehrsanbindung Zollamtsschleife, der Überdachung und der Erschließung des Park & Ride-Parkplatzes.

Anschließend erläuterte Herr R o l l die Planungsüberlegungen und die technischen Anforderungen. Er nahm Bezug auf Gestaltungselemente, wie das Dach, die Treppenaufgänge sowie auf Material und Technik. Insbesondere erläuterte er die Verkehrsbeziehungen im Busbahnhof und die Gestaltung der Treppentürme, der Fahrradboxen und die des Daches sowie die Gestaltung der Personenunterführung und der Vordächer. Er nahm auch Bezug auf die dynamischen Fahrgastanzeigen. Anschließend erläuterte Herr R o l l detailliert die Kosten der einzelnen Bereiche und die mög-

lichen Förderungen getrennt nach Förderart und Teilmaßnahme.

Herr E r b e machte noch einmal deutlich, dass es sich hierbei um eine Vorplanung handelt. Weitere Planungen werden folgen und auch den Gremien vorgelegt. Die Kosten seien nach dem jetzigen Stand erarbeitet. Nacharbeiten seien noch erforderlich. Zum Beispiel solle geprüft werden, ob man u. a. im Bereich des Daches eine Photovoltaik-Anlage installieren könne. Er teilte ebenfalls mit, dass es bereits vom Land Hessen eine Förderankündigung für die Maßnahme gebe.

Stv. B r e i d s p r e c h e r bat um Konkretisierung der Kosten für den Park & Ride-Parkplatz und fragte an, wie man die großen Dachflächen reinigen wolle. Außerdem bat er um nähere Erläuterung des Kostenfaktors Beleuchtung. Herr R o l l teilte daraufhin mit, dass es sich bei dem Kostenblock Park & Ride um 1,6 Mio. € und bei dem Kostenblock Bike & Ride um 270.000 € handle und erläuterte dies.

Bezüglich der Beleuchtung gab er folgende Hinweise: Es solle eine Beleuchtungshauptachse vom Forum zu den Bahnsteigen gelegt werden, ein sogenannter Lichtteppich, um die Fußgänger zu leiten. Man werde hier LED-Leuchten verwenden, die einen geringen Verbrauch haben und damit auch weniger Kosten verursachen. Die Rampen erhalten ein seitliches Licht. Die Aufgänge zu den Treppentürmen sollen farblich gestaltet werden, um sie voneinander zu unterscheiden. Die Bäume werden durch LED-Leuchten in der Bodenstruktur bestückt, um somit eine entsprechende Sicherheitsbeleuchtung zu erzeugen. Weiterhin sei vorgesehen, ein Leuchtband unter dem Dach zu installieren. Das Lichtkonzept sei derzeit mit 190.000 € vorgesehen.

Zu der Frage der Reinigung teilte Herr R o l l mit, dass das Dach eine entsprechende Neigung und Antihafbeschichtung besitzen werde, so dass es sehr glatt sei und der Schmutz durch den Regen abgewaschen werde. Das Dach sei auch begehbar und könne somit ggf. gereinigt werden.

Stv. L a n g lobte den Entwurf als sehr gelungen. Dies wurde von Stv. W o l f bestätigt. Stv. W o l f hatte noch ein paar Hinweise und bat, sie mit in die Planung einzubeziehen. Der Individualverkehr über die Zollamtsschleife würde so nicht funktionieren. Er bat darum zu prüfen, ob man im nordwestlichen Teil noch eine Querung für Fußgänger einrichten könne, damit man von den Bussteigen zu dem Hausbahnsteig gelange. Außerdem wollte er wissen, warum die Fahrstühle nach Osten gesetzt seien. Seiner Meinung nach müssten dadurch die Treppenbenutzer immer um diese Türme herumlaufen, wenn die Züge im westlichen Teil aufgestellt werden würden.

Zu dem Treppenaufgang und dessen Beleuchtung bat er darum zu prüfen, ob man dies überhaupt so aufwendig gestalten sollte, da nach seiner Meinung der Bedarf für diese Treppentürme zurückgehen würde, wenn erst einmal die Fußgängerunterführung gebaut sei. Und wenn überhaupt, sollte man dies nur auf dem vordersten Turm in Richtung Bahnhof einrichten.

Dazu erläuterte Herr E r b e folgendes: Die Hauptzufahrt über die Zollamtsschleife wird zukünftig deutlich weniger vom Individualverkehr genutzt werden, weil dieser in erster Linie dem ÖPNV dient. Die Fahrbeziehungen werden sich durch diese Anordnung ändern, da vor allem auch der Park & Ride-Parkplatz zukünftig im Norden angelegt werde. Bezüglich der Fußgängerüberquerung werde man die Anregung in die weiteren Planungen mit aufnehmen.

Hinsichtlich der Fahrstuhlanordnungen teilte Herr E r b e mit, dass die Planungshoheit für die Bahnstation bei der Deutschen Bahn liege und dass man da kein Mitspracherecht habe. Die Bahnsteige werden allerdings neu gemittelt und neu gestaltet, so dass das Problem wahrscheinlich gelöst werden kann.

Zu den Türmen teilte Herr E r b e mit, dass diese ein wichtiges Element in der Gestaltung seien. Man wolle hier ein Erkennungsmerkmal für den Bahnhof bekommen. Außerdem sei wichtig, dass es eine zweite Erschließungsachse für den Bahnhofsvorplatz gebe. Die Treppen seien zur Zeit unattraktiv und werden von daher oft nicht benutzt. Dies wolle man ändern. Außerdem werde die zweite Haupteinschließung über die Hermannsteiner Straße bestehen bleiben. Herr K e t t e r e r machte noch einmal deutlich, dass man hiermit ein Erkennungsmerkmal für den Bahnhof Wetzlar schaffen wolle.

Stv. H e i l - S c h ö n fragte an, wo die Taxi-Stellplätze seien. Herr R o l l erläuterte dies anhand des Planes. Stv. M a r x erkundigte sich, ob der Zeitrahmen ordnungsgemäß angesetzt sei und ob man dies bis zum Hessentag schaffen könne. StR B e c k teilte mit, dass es begründete Hoffnungen gebe, dass man den Zeitplan einhalten könne und alle Planungsbeteiligten ernsthaft an einer Umsetzung interessiert seien. Außerdem gebe es keinen Alternativplan. Das einzige Problem, was sich seiner Meinung nach stellen könnte, wären die langfristig zu planenden Sperrzeiten für den Bahnhof. Hier müsse man aber ggf. noch politisch Druck machen.

Herr E r b e teilte mit, dass es einen Bauzeitenplan gebe. Danach sei der Baubeginn für den Busbahnhof im zweiten Halbjahr 2010 vorgesehen. Dies sei abhängig von dem Zuwendungsbescheid. Anschließend soll die Bahnstation gebaut werden. Hier ist frühestens Baubeginn 2011. Zu dieser Baumaßnahme werden zunächst die geplanten Rampenanlagen nördlich und südlich der Bahn und der geplante Durchbruch für den Tunnel umgesetzt und danach die Bahnsteigerhöhung. Anschließend will man die Park & Ride-Anlagen im Norden bauen. Hier werde man voraussichtlich im November 2011 beginnen. Bauzeitende sei Juni 2012, rechtzeitig zum Hessentag. Dabei werde auch eine neue Erschließung des Firmengeländes Keilich gebaut und damit erleichtere sich die Baumaßnahme insgesamt, weil man von zwei Seiten andienen könne.

Auf Nachfrage von Stv. B r e i d s p r e c h e r, wie sich die Kostensituation entwickeln werde, teilte Herr E r b e mit, dass man derzeit schon eine sehr gute Kostenschätzung habe, die allerdings sehr vorsichtig und nach oben entwickelt sei. Er gehe davon aus, dass man den Kostenrahmen nicht überschreiten werde. Sollte es allerdings doch zu einer Kostenüberschreitung kommen, so werde man rechtzeitig die Gremien informieren. Außerdem warb er noch einmal für eine größtmögliche Akzeptanz in den Gremien. Von daher wolle man mit den Gremien in Kontakt bleiben.

Stv. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l fragte an, was mit dem noch im Plan erkennbaren Industriegleis für die Firma Keilich passieren werde und wer bei Rangierverkehr diese Gleise sichert. Weiter bat sie um Auskunft, wie man verhindern wolle, dass die vorgesehenen Flächen für Busse und Taxen abends durch private Pkw's genutzt werden. Herr E r b e erläuterte, dass das Rangiergleis weiterhin von der Firma Keilich genutzt werden solle. Dies sei auch erlaubt. Im Falle des Rangierverkehrs wird es ein begleitendes Rangieren sein, d. h., es seien Posten zur Absiche-

rung durch die jeweilige Firma zu stellen. Ein Einfahren von Individualverkehr in den Busbahnhof könne man letztendlich nicht abschließend verhindern. Jedoch schließt er dies tagsüber aufgrund der Verkehrsdichte der Busse aus. Letztendlich könne man dieses verbotswidrige Einfahren nur durch Kontrollen und das Verhängen von Ordnungswidrigkeiten regeln. Es gebe Überlegungen, eine entsprechende technische Überwachung einzurichten.

StR B e c k ergänzte die Ausführung dahingehend, dass es derzeit Planungsüberlegungen gebe, dass die Firma Keilich komplett ins Dillfeld wechseln werde, somit wäre das Problem mit dem Rangiergleis geklärt.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 8

1491/09

Lärmschutz entlang der Bundesstraße B 49 im Bereich der Stadtbezirke Dalheim und Altenberger Straße

StR B e c k berichtete zunächst, dass es Gespräche mit dem ASV Dillenburg gegeben habe und dass man in der letzten Sitzung vereinbart habe, so lange zu warten, bis die Baustelle im Bereich Dalheim / Altenberger Straße abgeschlossen sei. Danach soll beurteilt werden, ob es noch einer Abhilfe bedarf oder nicht. Wie aus der Presse zu entnehmen war, so StR B e c k weiter, sei die Baustelle seit dem letzten Freitag für den Verkehr freigegeben worden. Somit wurde die gesamte Nordspur eröffnet. Jetzt laufe der Verkehr wieder normal. Derzeit liegen der Stadt keine Erkenntnisse über den Lärm in dieser neuen Situation vor.

Die Anliegerversammlung habe stattgefunden. Das Ergebnis sei auch, dass seitens des ASV berichtet wurde, dass die Lärmimmissionswerte eingehalten werden. Das ASV hat zudem zugesagt, den kompletten Streifen der Nordseite der B 49 zu begrünen. Dies könne zu einer Beruhigung der Lage beitragen, zumal er der Auffassung sei, dass das Wahrnehmen von Lärm in erster Linie subjektiv sei. Obwohl die Grenzwerte eingehalten werden, sei der subjektive Eindruck entstanden, - da die Anwohner die Fahrzeuge durch die höher gelegte Straße jetzt besser sehen - dass der Lärm zugenommen habe.

Man sollte abwarten, so StR B e c k weiter, ob es durch diese angedachten Maßnahmen und nach Fertigstellung der Baumaßnahme leiser werde. Sollte dies nicht der Fall sein, müsse man nochmal mit dem ASV reden und über Nachbesserungen verhandeln.

Stv. L a n g stellte folgenden Änderungsantrag:

„1. Der Magistrat wird aufgefordert, beim zuständigen Amt für Straßen- und Verkehrswesen Dillenburg darauf hinzuwirken, dass dieses nach Aufhebung der Baustelle an der B 49 im Bereich Dalheim und einem Erfahrungszeitraum von ca. sechs Monaten eine gutachterliche Stellungnahme der Lärmsituation vorlegt. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

2. Unabhängig davon soll der Magistrat gegenüber dem Amt für Straßen- und

Verkehrswesen Dillenburg darauf hinwirken, dass zwischen den beiden neu gebauten Lärmschutzanlagen dichte Baum- und Buschpflanzungen vorgenommen werden, um damit einen ersten Schritt zur Reduzierung von Immissionswirkungen vorzunehmen.“

Stv. Dr. I h m e l s teilte zunächst die Einschätzung von StR Beck. Seinem Wissen nach sei aber bei der Anwohnerversammlung auch klargestellt worden, dass die Messungen in einigen Teilbereichen nicht ganz sorgfältig durchgeführt worden seien. Er vertrat die Meinung, dass man - wenn die Grenzwerte tatsächlich eingehalten worden sind - dies auch nachweisen solle. Eine Modellberechnung reiche nicht aus. Im Übrigen sei er der Auffassung, dass man in Dalheim vielleicht etwas mehr tun solle als das, was nach den Grenzwerten angezeigt wäre. Wegen der besonderen Wohnlage und der Bedeutung für das Wohnquartier Dalheim müssten die Werte auch tatsächlich eingehalten werden. Man solle seiner Meinung nach als Stadt mit vertretbaren Mitteln etwas für den Lärmschutz tun.

StR B e c k erwiderte, dass die oben angesprochene fehlende Messung nachgeholt werde. Insgesamt sei die Beurteilung nach tatsächlichen Messwerten schwierig, da nach gängiger Rechtssprechung Jahreswerte, d. h. gemittelte Grenzwerte und Berechnungen für eine Lärmbeurteilung maßgebend seien. Im Übrigen würde die Stadt Wetzlar, wenn über den gesetzlichen Rahmen hinaus zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt würden, einen Präzedenzfall schaffen.

Stv. B r e i d s p r e c h e r nahm Bezug auf den von Stv. Lang gestellten Änderungsantrag und machte noch einmal deutlich, dass die CDU mit dem Antrag einen zumutbaren Zeitraum festlegen wolle, um vernünftige Werte für eine Entscheidung zu bekommen. Er nahm noch einmal Bezug auf das Wort „unverzüglich“ im Ursprungsantrag von Stv. Dr. Ihmels und bat darum, für die Ermittlung der Werte einen überschaubaren Zeitraum festzulegen. Stv. Dr. I h m e l s erwiderte, dass das Wort „unverzüglich“ nicht automatisch die sofortige Umsetzung bedeute. Man sei grundsätzlich auch mit einem bestimmten Zeitraum einverstanden. Im Übrigen sei die vom ASV vorgeschlagene Bepflanzung nur Kosmetik und ein falsches Signal für die Bürger von Dalheim.

Abstimmung über den ursprünglichen Antrag: 4.5.1

Abstimmung über den o. g. Änderungsantrag des Stv. Lang: 5.0.5

TOP 9

1586/09

Verkehrsberuhigung Magdalenenhäuser Weg Prüfungsauftrag

Abstimmung: 10.0.0

TOP 10

1615/10

Landes-Initiative „100 Kommunen für den Klimaschutz“

Beteiligung der Stadt Wetzlar

StR Hauptvogel erläuterte kurz den Anwesenden das Projekt und den Hintergrund des Antrages. Allerdings machte er auch seine Bedenken deutlich. Die Tragweite dieser Maßnahme könne derzeit nicht abgeschätzt werden, insbesondere die auf die Stadt zukommenden Kosten. Bisher haben lediglich 43 von 100 Kommunen ihre Unterschriften geleistet. Man sei zwar grundsätzlich dieser Thematik gegenüber offen, man müsse aber genauere Informationen haben, bevor man das endgültig beurteilen könne.

Stv. Dr. Ihmels begründete noch einmal seinen Antrag und die Haltung insbesondere zu den CO₂-Betrachtungen. Er beklagte sich über die uneinsichtige Haltung des Magistrats und kündigte an, dass er deshalb auch in Zukunft immer wieder an diesem Thema dran bleiben und Anträge stellen werde. In diesem Kontext sei der Antrag zu sehen.

Stv. Breidsprecher erwiderte, dass Stv. Dr. Ihmels seine Meinung deutlich begründet habe. Es ginge ja auch darum, dass er seine politische Meinung kundtun wolle und dies auch solle. Das ganze Verfahren sei aber eine riesige bürokratische Hürde und das sei zur Zeit nicht machbar. Im Übrigen sei es fachlich dahingehend schwierig, ein CO₂-Einsparpotential zu ermitteln und festzulegen. Die Frage sei, wie umfangreich diese Arbeit sei und wie dies dann anschließend überhaupt umgesetzt werden kann. Dabei gab er zu bedenken, dass der Hauptemittent für CO₂-Verschmutzung der Individualverkehr sei und man darauf keinen Einfluss habe. Außerdem nahm er noch einmal Bezug auf eine Veröffentlichung des Finanzministeriums für strategische Ziele bei der CO₂-Eindämmung und erläuterte an diesem Beispiel die wenig vorhandene Sinnhaftigkeit solcher Ziele.

StR Beck ergänzte die Ausführung dahingehend, dass die stets als Beispiel genannte Heizung im Rathaus von Stv. Dr. Ihmels immer wieder nur als „politische Provokation“ genutzt werde. Nur ein wirtschaftliches Arbeiten räume der Stadt den Freiraum für Umweltschutzmaßnahmen ein. Dies war auch beim Rathaus so und sei insbesondere bei der immer wieder von Stv. Dr. Ihmels angesprochenen Kraftwärmekopplungsanlage wirtschaftlich nicht vertretbar.

StR Hauptvogel ergänzte, dass Stv. Dr. Ihmels immer wieder „den Finger in die gleiche Wunde“ lege, es sei auch sein gutes politisches Recht. Zumal das von ihm angesprochene Programm von der CDU-geführten Landesregierung aufgelegt worden sei. Er warb noch einmal dafür, sich zunächst einmal zu informieren, bevor man sich auf solch ein Projekt einlasse. Deshalb machte er den Vorschlag, den Antrag in einen Prüfantrag umzuwandeln.

Stv. Kunz ergänzte, dass es bei diesem Projekt noch viele Ungereimtheiten gebe. Insofern stellte er folgenden Initiativantrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Beteiligung an der von der Landesregierung gestarteten Initiative ‚100 Kommunen für den Klimaschutz‘ sinnvoll erscheint und mit welchen Kosten bei einer

Beteiligung zu rechnen ist.

Ein Bericht hierüber ist der Stadtverordnetenversammlung bis 06.09.2010 vorzulegen.“

Stv. Dr. I h m e l s erläuterte noch einmal abschließend seine Haltung zu diesem Thema und brachte dafür Beispiele. Er erklärte, der Prüfantrag müsse erst in seiner Fraktion beraten werden.

Abstimmung über den ursprünglichen Antrag: 5.5.0

Abstimmung über den o. g. Initiativantrag: 5.0.5

TOP 11

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 01.12.2009

Mitteilungen

Keine.

Anfragen

- Stv. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l erkundigte sich nach dem Streusalzvorrat. StR H a u p t v o g e l erläuterte, dass es mittlerweile eine Nachlieferung gegeben habe, die für zwei Wochen reichen werde. Zur Zeit habe man einen Restbestand von 50.000 t Streusalz. Er gab zu bedenken, dass die Situation immer noch kritisch sei, da man das Wetter nicht beeinflussen könne und auch die Autobahnmeistereien bevorzugt beliefert werden.

Stv. H e i l - S c h ö n ergänzte die Fragestellung dahingehend, wie man sich für das nächste Jahr rüsten wolle. StR H a u p t v o g e l erläuterte, dass die Kapazität im letzten Winter schon auf 350 t Salz erhöht wurde, und zwar unabhängig von dem dann starken Wintergeschehen. Neu sei bei dieser ganzen Problematik, dass der Belieferungsengpass aufgetreten sei. Dies ist dadurch begründet, dass die Salz-Lieferanten ihre Lager abgebaut hätten, um Kosten zu sparen. Die derzeitige Förderung von Streusalz reiche nicht aus, um den Bedarf bei einem strengen Winter zu decken. Im Übrigen sei der Salzpreis gestiegen. Die Stadt werde selbstverständlich, so StR H a u p t v o g e l weiter, mit der Salzindustrie reden, um eine Lösung zu finden. Sollte dies nicht der Fall sei, müsse man darüber nachdenken, die Lager auszubauen. Dies habe aber zu gegebener Zeit der Eigenbetrieb Stadtreinigung zu beraten. Bisher sei man, so StR H a u p t v o g e l, im Winter gut durchgekommen, weil insbesondere auch die Gefällstrecken weiter gut gestreut wurden. Im Übrigen würden sich die Pkw-Fahrer vorbildlich verhalten und somit auch die Situation etwas entspannen.

Stv. W o l f fragte zu der gleichen Thematik, ob es eine Abstimmung mit den Wetzlarer Verkehrsbetrieben gegeben habe und bezog sich auf die ausgefallenen Buslinien. StR H a u p t v o g e l bestätigte, dass es eine Absprache gab. Aber ohne Streusalz könne man bestimmte Strecken nicht mehr streuen. Insofern sind einige Nebenstrecken nicht mehr befahren worden. Im Übrigen wurde der Schüler-

verkehr in Abstimmung mit dem Lahn-Dill-Kreis eingestellt.

Niederschrift vom 01.12.2009

Die Niederschrift wurde ohne Einwände genehmigt.

TOP 12
Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV Dr. G r e i s schloss, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, die 38. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses.

Die Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

Dr. G r e i s

H e m m e l m a n n